

Forumsbeitrag vom 16. April 2016:

Verein für eine offene Kirche unterstützt Pläne der Regierung

In der Beantwortung von zwei Kleinen Anfragen im März- und April-Landtag gibt die Regierung zu erkennen, dass sie über einen alternativen Lösungsansatz im Verhältnis von Kirche und Staat nachdenkt: «Aus Sicht der Regierung wird ein solcher alternativer Lösungsansatz auf gesetzlicher Basis zu erreichen sein, das heisst ein Abkommen mit dem Heiligen Stuhl in der jetzigen Form würde hinfällig.»

Der Verein für eine offene Kirche stand dem Abkommen mit dem Heiligen Stuhl (Konkordat) von Beginn an kritisch gegenüber. Es gab zu keinem Zeitpunkt ein breites politisches Mandat für Konkordatsverhandlungen. Der Entwurf des Konkordats zeigt viele inhaltliche Schwächen, die wir detailliert benannt haben (vgl. www.offenekirche.li). Dieses Konkordat ist praktisch unkündbar und übergibt die Verantwortung für die kirchlichen Gebäude und Gelder ganz den Klerikern des Erzbistums Vaduz. Die Katholiken im Land würden in eine passive Rolle gedrängt. Dies ist nicht das Kirchenverständnis als Gemeinschaft, wie es das Zweite Vatikanische Konzil und Papst Franziskus wünschen.

In Balzers und Gamprin-Bendern sind die Vereinbarungen bisher nicht zustande gekommen und deshalb kann das Konkordat nicht abgeschlossen werden. Die Verantwortung dafür liegt unseres Erachtens aber nicht bei den politischen Gemeinden, die sich sehr kompromissbereit gezeigt haben. Die Verantwortung liegt bei der Leitung des Erzbistums Vaduz, die willkürlich die Verhandlungen behindert. Sei es, um die jetzige komfortable Kirchenfinanzierung durch den Staat noch länger aufrecht zu erhalten; sei es, um die materiellen Forderungen an die Gemeinden noch weiter in die Höhe zu treiben. Es zeigt sich, dass es problematisch war, die Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Religionen an ein Konkordat mit der katholischen Kirche zu binden. So hat sich der Staat in der Religionsthematik abhängig gemacht vom Votum einzelner Amtsträger der katholischen Kirche. Dadurch sind auch die Lösungen mit weiteren Religionsgemeinschaften blockiert.

Der Verein für eine offene Kirche unterstützt weiterhin die Verfassungsänderung und das Religionsgemeinschaftengesetz, wie sie von Regierung und Landtag ausgearbeitet wurden. Auf das Konkordat kann und soll aber verzichtet werden. Die zurückliegenden Verhandlungen in den Gemeinden sind deswegen nicht nutzlos; sie können einfließen in einfache Leistungsvereinbarungen, die jede Gemeinde mit der Pfarrei abschliessen kann. Dabei wäre aber zu beachten, dass die Pfarrei gebildet wird aus allen Katholiken am Ort, nicht ausschliesslich aus dem Pfarrer. Das Konkordat geht auch hier von falschen Voraussetzungen aus. Die Aufgabe eines Pfarrers sollte in erster Linie die Seelsorge sein, nicht die Verwaltung von Kirchengut. Eine befriedigende Lösung wird es erst geben, wenn den Katholiken in Liechtenstein in ihrer Kirche endlich eine verbindliche Vertretung und Mitsprache eingeräumt wird.

Der Vorstand des Vereins für eine offene Kirche: Urs Aemisegger, Klaus Biedermann, Susanne Falk-Eberle, Sr. Lisbeth Reichlin, Hannes Willinger